

Liebe Gäste,

in 5 Monaten und einem Tag, am 27. Januar 2008 sind Landtagswahlen. Ich höre manchmal, dass die Wahlen gar nicht so spannend seien: Die CDU verliere wohl ihre absolute Mehrheit, die bürgerliche Mehrheit sei aber nicht in Gefahr, so dass es ja nur darum gehe, dass nun wieder die FDP am Kabinetttisch platz nehme. Letztendlich gehe es also nicht um viel.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich halte diese Auffassungen für grundlegend falsch. Wir stehen vor nicht weniger als einer Richtungsentscheidung, und wie diese ausgehen wird, ob wir nicht am Ende eine rot-rot-grüne Mehrheit der Mandate sehen werden, das werden wir nicht vor dem 27. Januar um 18 Uhr wissen, und ich warne jeden, der die Wahl zu früh gewonnen gibt – es könnte ein böses Erwachen folgen.

Das Wort von der Richtungsentscheidung hat aber nicht nur mit Wahlarithmetik zu tun: Seit der Bundestagswahl 2005 haben wir eine sehr Besorgnis erregende Entwicklung hin zu immer mehr staatlichen Eingriffen in allen Bereichen unserer Gesellschaft. Gipfel dieser Entwicklung ist die Gründung einer linksradikalen Partei, die sich allen ernstes den Slogan „Freiheit durch Sozialismus“ gegeben hat. Dieser Slogan ist nicht nur inhaltlich falsch, denn wir wissen ja, dass der Sozialismus zuerst die Wirtschaft und dann das Denken verstaatlicht; dieser Slogan hat nicht nur seine Unwahrheit bereits vielfach bewiesen, von A wie Albanien bis Z wie Zaire; dieser Slogan ist sogar menschenverachtend, denkt man nur an die Opfer des DDR-Unrechts, die in Bautzen und anderswo für ihren Freiheitswillen im Gefängnis gesessen haben.

Eigentlich sollten wir alle aus dem gescheiterten Experiment des Sozialismus und der Erfolgsgeschichte des Wirtschaftswunders gelernt haben: Wohlstand kommt durch wirtschaftliche Freiheit, durch Marktwirtschaft, durch eigenverantwortliches, selbständiges Handeln. Die Dividende der Marktwirtschaft kann dann genutzt werden, um soziale Sicherungssysteme zu finanzieren – das Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft, für das gerade Liberale eingetreten sind. Das ist sinnvoll, und das war auch einmal Grundkonsens in diesem Lande.

Leider beobachte ich zunehmend eine Aufweichung dieses Grundkonsenses: Da kommt das Erwirtschaften, von dem wir Liberale wissen, dass es vor dem Verteilen kommen muss, immer mehr aus der Mode, und wird dort, wo es geschieht, mit Schimpfworten wie „Neoliberalismus“ oder „Heuschrecken“ belegt – und das längst nicht nur bei den Linksextremen, sondern auch bei Rot und Grün und – zumindest geduldet – längst auch in Kreisen der CDU.

Da wird Staatswirtschaft allen ernstes als „dem Wohle der Allgemeinheit verpflichtet“ dem so genannten „reinen Profitstreben“ Privater entgegengesetzt und daraus abgeleitet, dass wichtige Wirtschaftszweige unter staatlicher Kontrolle bleiben müssten. Wir kennen diese Diskussion nur zu gut, ob es sich um Energieversorger, Verkehrsbetriebe oder Finanzinstitute handelt. Inhaltlich ist das großer Unsinn, denn wer in der Privatwirtschaft Gewinn machen will, der muss Leistung erbringen, auf seine Kunden hören und ihre Wünsche erfüllen, der braucht qualifiziertes Personal und muss in der Region vertreten sein. Ein Staatsbetrieb muss das alles nicht, da er meist durch ein Monopol geschützt ist

und die Kunden nicht zur Konkurrenz abwandern können.

Die Geschichte hat auch gezeigt, dass Staatswirtschaft nirgends funktioniert– und Staaten wie Indien und China erleben einen Boom, seit sie privates Wirtschaften zulassen.

Es klingt schon wie ein Treppenwitz der Geschichte, wenn Frau Ypsilanti nun ankündigt, dass unter ihr mit dem Privatisieren erst einmal Schluss sei. Wollen wir allen ernstes in der Globalisierung gegen Indien und China mit den Konzepten der Staatswirtschaft gewinnen, die diese Staaten gerade überwunden haben? Wie ideologisch verblendet muss man eigentlich sein, wenn man so wenig aus der Geschichte lernt?

Dazu passt auch die Diskussion um die Überarbeitung der Hessischen Verfassung anlässlich des 60-jährigen Bestehens. Hier sollten offenkundig überholte Artikel von der Verstaatlichung von Schlüsselindustrien gemeinsam mit Relikten wie der Todesstrafe gestrichen werden. Dies hat Frau Ypsilanti persönlich verhindert. Argument: Es handele sich um eine sozialdemokratische Traditionslinie; die Artikel hätten symbolische Bedeutung.

Meine Damen und Herren,
wer offenkundig Unrichtiges als Symbol einer eigenen Politik ansieht, der zeigt, wes Geistes Kind er ist und der zeigt, was wohl geschehen würde, wenn sich in Hessen eine linke Mehrheit fände. Damit passt Frau Ypsilanti nur zu gut zu Linkspartei und Grünen auf Al-Wasir-Fundi-Kurs – und ein Narr, wer den Beteuerungen glaubt, Frau Ypsilanti würde sich nicht mit diesen Stimmen zur Ministerpräsidentin wählen lassen.

Aber auch von Seiten der CDU ist staatliche Bevormundung auf dem Vormarsch. Auf Dieter Posch geht die einmalige Aktion zurück, Gesetze und Verordnungen zeitlich zu befristen. Für jede Regelung sollte nach 5 Jahren einzeln entschieden werden, ob sie noch benötigt wird. Eine Regelung, für die es keinen wirklichen Grund gibt, warum man sie braucht, ist eine Regelung, die man wirklich nicht braucht! Dies würde am Ende weniger Bürokratie und Staat und damit mehr Freiheit bedeuten. Was aber macht die CDU: Sie verlängert einfach im Paket alle Regelungen, ohne sie einzeln zu diskutieren. Im Zweifelsfall ist eben die CDU für mehr Staat und mehr Regelungen – das unterscheidet sie von der Freiheitspartei FDP!

Noch drastischer werden die Unterschiede in Fragen der inneren Sicherheit. Ohne Frau Leutheusser-Schnarrenberger zuviel vorweg nehmen zu wollen: Was Schäuble in Berlin und Bouvier in Wiesbaden machen, das zeugt schon von einem tief verwurzelten Misstrauen gegen die eigene Bevölkerung, die man am liebsten auf jede nur erdenkliche Weise kontrollieren möchte. Jeder soll als verdächtig gelten und beweisen müssen, dass er unschuldig ist. Dazu passt die online-Durchsuchung der Heim-PCs, die automatische Kontenabfrage oder die von der Hessischen CDU diskutierte Registrierung aller Autos, die bei Limburg über die A3 nach Hessen einreisen.

Damit kein Zweifel aufkommt: Wir Liberale vertrauen unserem Staat und seinen Institutionen und sehen Auswüchse als Ausnahmen. Aber wir wollen auch einen Staat, der seinen Bürgern grundsätzlich vertraut und Verstöße gegen die Ordnung auch als Ausnahmen ansieht – und ebenso handelt. Mit diesem liberalen Staat

haben wir die terroristische Bedrohung der 70er Jahre erfolgreich gemeistert, ohne den Rechtsstaat aufzugeben – damals übrigens mit einem liberalen Innenminister. Mit diesem liberalen Staat werden wir auch die Herausforderungen der Zukunft meistern und nicht, indem wir den Rechtsstaat Stück für Stück beschneiden.

Die Gefahren für eine liberale Bürgergesellschaft kommen also von rechts wie von links. Es wird Zeit, dass 2008 in Wiesbaden und 2009 in Berlin wieder Liberale am Kabinetttisch sitzen.

Wir Liberale wollen den Staat, der sich selbst zurücknimmt, seine Bürger nicht bevormundet, sondern Lebenschancen und Entwicklungsmöglichkeiten gibt.

Als man Michelangelo fragte, wie er es geschafft hätte, mit seinem David eine so vollkommene Plastik zu schaffen, hat er geantwortet: Ich habe einen Marmorblock genommen und dann alles entfernt, was zu viel war.

Der Staat der Linken und Rechten ist ein ungelener Klotz. Lassen sie uns mit dem liberalen Meißel das wegnehmen, was zuviel ist und den eigentlichen Kern herausarbeiten.

- Freiheit, wie wir sie verstehen, ist kein ungelener Klotz aus Bürokratie und Regeln.
- Freiheit, wie wir sie verstehen, ist ein Rahmen, der es jedem Menschen erlaubt, sich zu entwickeln, und ihn nicht in der Entwicklung behindert.
- Freiheit, wie wir sie verstehen, ist aber nicht nur Freiheit von zuviel Regeln und Gleichmacherei, es ist auch Freiheit zu etwas, zu Verantwortung, zu Leistung, zu Innovation.

Dies ist unser liberaler Freiheitsbegriff, und er unterscheidet sich maßgeblich von allen anderen politischen Gruppen.

Ob wir ab dem nächsten Jahr wieder Schritte in diese Richtung gehen, oder stattdessen schwarz-roten Stillstand erleben oder uns gar auf den Weg in rot-rot-grüne Bevormundung und Staatswirtschaft machen, nichts Geringeres wird in 5 Monaten und einem Tag entschieden.

Wir stehen also vor einer wahren Richtungsentscheidung, und ich bitte Sie mit mir gemeinsam alles dafür zu tun, dass wir diese Entscheidung für uns gewinnen!